

# VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: INTERNATIONALE RECHERCHENBEHÖRDE

An:

siehe Formular PCT/ISA/220

## PCT

### SCHRIFTLICHER BESCHEID DER INTERNATIONALEN RECHERCHENBEHÖRDE (Regel 43bis.1 PCT)

Absendedatum  
(Tag/Monat/Jahr) siehe Formular PCT/ISA/210 (Blatt 2)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts  
siehe Formular PCT/ISA/220

#### WEITERES VORGEHEN

siehe Punkt 2 unten

Internationales Aktenzeichen  
PCT/EP2004/012771

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)  
11.11.2004

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)  
26.11.2003

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK  
B60T7/22, B60T8/32, B60T7/12

Anmelder

DAIMLERCHRYSLER AG

#### 1. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- Feld Nr. I Grundlage des Bescheids
- Feld Nr. II Priorität
- Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen
- Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

#### 2. WEITERES VORGEHEN

Wird ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt, so gilt dieser Bescheid als schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ("IPEA"); dies trifft nicht zu, wenn der Anmelder eine andere Behörde als diese als IPEA wählt und die gewählte IPEA dem Internationale Büro nach Regel 66.1bis b) mitgeteilt hat, daß schriftliche Bescheide dieser Internationalen Recherchenbehörde nicht anerkannt werden.

Wenn dieser Bescheid wie oben vorgesehen als schriftlicher Bescheid der IPEA gilt, so wird der Anmelder aufgefordert, bei der IPEA vor Ablauf von 3 Monaten ab dem Tag, an dem das Formblatt PCT/ISA/220 abgesandt wurde oder vor Ablauf von 22 Monaten ab dem Prioritätsdatum, je nachdem, welche Frist später abläuft, eine schriftliche Stellungnahme und, wo dies angebracht ist, Änderungen einzureichen.

Weitere Optionen siehe Formblatt PCT/ISA/220.

#### 3. Nähere Einzelheiten siehe die Anmerkungen zu Formblatt PCT/ISA/220.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Recherchenbehörde



Europäisches Patentamt  
D-80298 München  
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d  
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Colonna, M

Tel. +49 89 2399-7682



AP20Rec'd PCT/PTO 23 MAY 2006

Feld Nr. I Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Sprache** ist der Bescheid auf der Grundlage der internationalen Anmeldung in der Sprache erstellt worden, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
  - Der Bescheid ist auf der Grundlage einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache erstellt worden, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (gemäß Regeln 12.3 und 23.1 b)).
2. Hinsichtlich der **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz**, die in der internationalen Anmeldung offenbart wurde und für die beanspruchte Erfindung erforderlich ist, ist der Bescheid auf folgender Grundlage erstellt worden:
  - a. Art des Materials
    - Sequenzprotokoll
    - Tabelle(n) zum Sequenzprotokoll
  - b. Form des Materials
    - in schriftlicher Form
    - in computerlesbarer Form
  - c. Zeitpunkt der Einreichung
    - in der eingereichten internationalen Anmeldung enthalten
    - zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht
    - bei der Behörde nachträglich für die Zwecke der Recherche eingereicht
3.  Wurden mehr als eine Version oder Kopie eines Sequenzprotokolls und/oder einer dazugehörigen Tabelle eingereicht, so sind zusätzlich die erforderlichen Erklärungen, daß die Information in den nachgereichten oder zusätzlichen Kopien mit der Information in der Anmeldung in der eingereichten Fassung übereinstimmt bzw. nicht über sie hinausgeht, vorgelegt worden.
4. Zusätzliche Bemerkungen:

---

**Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der  
erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur  
Stützung dieser Feststellung**

---

**1. Feststellung**

Neuheit	Ja: Ansprüche 3-5 Nein: Ansprüche 1,2,6-8
Erfinderische Tätigkeit	Ja: Ansprüche 5 Nein: Ansprüche 1-4,6-8
Gewerbliche Anwendbarkeit	Ja: Ansprüche: 1-8 Nein: Ansprüche:

**2. Unterlagen und Erklärungen:**

**siehe Beiblatt**

**Zu Punkt V.**

- 1 Im vorliegenden Bescheid wird auf folgende Dokumente verwiesen:  
D1 : WO 03/006290 A (ROBERT BOSCH GMBH; KNOOP, MICHAEL;  
BRAEUCHLE, GOETZ; WINNER, HERMANN;) 23. Januar 2003 (2003-01-23)  
D2 : DE 197 34 005 A1 (ITT MIT FREUNDLICHEN GRÜßen. ENTERPRISES,  
INC., WILMINGTON, DEL., US) 11. Februar 1999 (1999-02-11)  
D3 : DE 196 07 048 A1 (ITT AUTOMOTIVE EUROPE GMBH, 60488 FRANKFURT,  
DE) 28. August 1997 (1997-08-28)

**2 UNABHÄNGIGER ANSPRUCH 1**

- 2.1 Die vorliegende Anmeldung erfüllt nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, weil der Gegenstand des Anspruchs 1 im Sinne von Artikel 33(2) PCT nicht neu ist. Dokument D1 offenbart ein Verfahren zur Anhaltewegverkürzung eines Fahrzeugs, bei dem, wenn eine für ein Fahrassistenzsystem (adaptive Geschwindigkeitsregelung ACC) unplausible Fahrsituation auftritt, eine Bremsung vorbereitet wird (siehe Seite 7, Zeile 27 bis Seite 8 Zeile 5 und Ansprüche 1, 6-8).

Aufgrund der zu allgemeinen Fassung des Kennzeichens von Anspruch 1 ("unplausible Fahrsituation") kann sogar eine Notsituation, die auf ein gewisses Gefährdungsmaß schließen lässt, als für das Fahrassistenzsystem "unplausibel" betrachtet werden.

**3 UNABHÄNGIGER ANSPRUCH 8**

- 3.1 Die vorliegende Anmeldung erfüllt nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, weil der Gegenstand des Anspruchs 8 im Sinne von Artikel 33(2) PCT nicht neu ist.

Dokument D1 offenbart ebenfalls eine Recheneinheit (21) programmtechnisch hergerichtet zur Durchführung des Verfahren nach Anspruch 1 (siehe Abbildung 5).

**4 ABHÄNGIGE ANSPRÜCHE 2-4, 6, 7**

Die Ansprüche 2-4, 6, 7 enthalten keine Merkmale, die in Kombination mit den Merkmalen irgendeines Anspruchs, auf den sie sich beziehen, die Erfordernisse des PCT in Bezug auf Neuheit bzw. erforderliche Tätigkeit erfüllen

D1 offenbart ebenfalls die Erzeugung eines Vorbremesdrucks zur Vorbereitung der Bremsung (siehe Anspruch 8). Somit ist der Gegenstand von Anspruch 2 nicht neu.

D2 offenbart einen in Abhängigkeit einer Geschwindigkeit erzeugten Vorbremesdruck (siehe Spalte 2, Zeile 20 bis 26). Somit ist der Gegenstand von Anspruch 3 nicht erforderlich (Artikel 33(3) PCT).

*Wortlaut*  
D2 offenbart ebenfalls die Vorbereitung einer Bremsung, wenn der Fahrer von einem Fahrassistentensystem zum Bremsen aufgefordert wird. In Kombination mit der adaptiven Geschwindigkeitsregelung von D1, offenbart D2 ebenfalls die Vorbereitung der Bremsung, wenn der Fahrer von einem Fahrassistentensystem zur Übernahme der Fahrzeugsteuerung aufgefordert wird (siehe Spalte 2, Zeile 62 bis Spalte 3, Zeile 19). Somit sind beide Varianten des Anspruchs 4 nicht erforderlich.

*Sofern erforderlich  
Sicherung*

D1 offenbart ebenfalls die zusätzlichen technischen Merkmale der Ansprüche 6 und 7, indem alle bekannte adaptive Geschwindigkeitsregelungssysteme die Erfassung eines im Vorfeld des Fahrzeugs befindlichen Objektes, bzw. des Abstands, der Relativgeschwindigkeit und/oder der Relativbeschleunigung zu diesem, vornehmen. Somit ist der Gegenstand der Ansprüche 6 und 7 nicht neu.

**5 ABHÄNGIGER ANSPRUCH 5**

Die im abhängigen Anspruch 5 enthaltene Merkmalskombination ist aus dem vorliegenden Stand der Technik weder bekannt, noch wird sie durch ihn nahegelegt. Die Gründe dafür sind die folgenden:

Die mit der vorliegenden Erfindung zu lösende Aufgabe kann darin gesehen werden, daß Maßnahmen zur Verkürzung eines Anhaltewegs insbesondere im Fall eines Abschaltens eines Fahrassistentensystems eingeleitet werden.

Eine Einleitung der Vorbefüllung der Bremsanlage im Fall einer Deaktivierung eines Fahrassistentenzsystem ist aus den zitierten Dokumenten nicht bekannt. Deshalb konnte der Fachmann diesen Dokumenten - auch unter Berücksichtigung seines Fachwissens - keine Informationen entnehmen, die ihn in naheliegender Weise zum Gegenstand des Anspruch 5 hätten führen können.

6 Der Gegenstand der Ansprüche 1-8 ist gewerblich anwendbar.